

Ruswil: Jahresveranstaltung der Geschichtsfreunde

# Streifzug durch Abstimmungsgeschichte

**Die Gemeindeversammlung fand in der Pfarrkirche statt, das Stimm- und Wahlrecht war an ein Vermögen gebunden: Einen Streifzug durch die Ruswiler Wahl- und Abstimmungsgeschichte machte der Historiker Werner Wandeler an der letzten Jahresveranstaltung der Geschichtsfreunde zum Jahresthema «Volkes Stimme».**

Hannes Bucher

Vielfältig ist «Volkes Stimme» – entsprechend vielfältig sind die Geschichtsfreunde Ruswil in mehreren Veranstaltungen dem Jahresthema nachgegangen. Dabei wurde die Entwicklung der Demokratie, ihre Chancen und Möglichkeiten und auch ihre etwaigen Grenzen und Fallstricken durchleuchtet. Mit dem bekannten Zürcher Geschichtspräsidenten Jakob Tanner und dem TV-Politologen Claude Longchamp waren dieses Jahr illustre Referenten beim Verein zu Gast. An der letzten Veranstaltung des Jahres, traditionell im «Rössli»-Saal angesetzt und mit einem Nachtessen erweitert, waren am letzten Samstagabend die Ruswiler und ihr Wahl- und Abstimmungsverhalten das Thema. Einmal mehr erwies sich der Einheimische Werner Wandeler, selber Vorstandsmitglied der Geschichtsfreunde, als ausgewiesener

Kenner der Materie. Er zeigte in seinen Ausführungen zuerst die grundsätzliche Entwicklung des Stimm- und Wahlrechts auf. Nein, die Schweiz sei nicht die älteste Demokratie, «... auch wenn wir dies gerne hören.» Erst unter dem Diktat des revolutionären Frankreich kam es nämlich in der Schweiz zu einem abrupten und einschneidenden politischen Umschwung, wurde das Ancien Régime weggefegt und schliesslich die helvetische Republik geschaffen. In dieser Zeit entstanden im Kanton Luzern, der zu einem helvetischen Verwaltungsbezirk degradiert worden war, die heutigen Gemeinden. Auch das heutige Ruswil entstand damals; es hatte bisher aus drei Zwingen bestanden. In der Folge wurde auch der erste Ruswiler Municipalrat gewählt. Ratsmitglied zu werden, das wurde aber offensichtlich nicht als Ehre verstanden: Viele Ernante wurden nämlich «in ihr Amt gezwungen», viele Gewählte reichten «Entlassungsgesuche» ein.

## Vermögensabhängig

Nach Ende der Helvetik ab 1803 wurden die politischen Rechte wieder reduziert. Auch durch konfessionelle Einschränkungen – Reformierte und Juden etwa waren vom Wahlrecht lange ausgeschlossen. Bis 1863 war das Stimm- bzw. das Wahlrecht zudem vom Vermögen abhän-

gig. Ein Beispiel aus der Luzerner Staatsverfassung 1841 illustriert dies: «Um in den Regierungsrath wahlfähig zu sein, muss man politisch stimmberechtigt, wenigstens dreissig Jahre alt sein, und über den Besitz eines Vermögens von viertausend Franken sich ausweisen», hiess es da.

## Traktandum «Zuchtstierprämierung» – in der Kirche fehl am Platz

Bis 1798 fanden die Gemeindeversammlungen im Freien, auf einer speziell errichteten Bühne statt. Von 1798 bis 1895 war die Pfarrkirche Versammlungs- und Abstimmungsort. Ab 1895 gab es das Urnenverfahren mit zwei Urnenbüros oberhalb und unterhalb der Kantonsstrasse; offen vom Sonntag, 10 bis 14 Uhr. Ab 1907 dann waren es drei Urnenbüros (zusätzlich Werthenstein). Die briefliche Stimmabgabe ist seit 1994 möglich. Als Versammlungslokal diente lange Jahre die Pfarrkirche, dort gab es genügend Platz. Ein Quellenzitat aus dieser Zeit zeigt nachvollziehbar auf, weshalb sich schliesslich ein Wechsel der Versammlungslokalität aufdrängte: «Traktanden wie Zuchtstierprämierung, Eberschau, Hundetaxenerhöhung in der Kirche zu behandeln (...) ein Skandal». Der «Rössli»-Saal, die Turnhalle, später das Pfarreiheim und bei grossem Zustrom die Mehr-

zweckhalle, ersetzten die Pfarrkirche als Versammlungsort.

## Stimmabstinenz gebüsst

War die Ausübung des Stimm- und Wahlrechts lange einschneidenden Einschränkungen unterworfen, wurde später im Gegenzug die Stimmabstinenz geahndet. In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts mussten etwa in Ruswil für das unentschuldigete Fernbleiben von der Urne ein bis zwei Franken Busse bezahlt werden. Nun, der Rückgang der Stimmbeteiligung war trotzdem nicht aufzuhalten – auch aktuell nicht. Vergleichszahlen zeigen dies: In den 1950er Jahren gingen bei den kantonalen Luzerner Wahlen noch über 80 Prozent an die Urne. 2015 sank die Beteiligung auf 39 Prozent. Ruswil blieb mit gut 43 Prozent Stimmbeteiligung doch wesentlich über diesem kantonalen Schnitt. Den rückläufigen Trend vermochte im Übrigen auch die Einführung des Frauenstimmrechts im Jahre 1971 nicht aufzuhalten. (Dies wollten Ruswiler allerdings auch nicht haben: Sowohl bei der kantonalen als auch bei der eidgenössischen Abstimmung lehnte eine Mehrheit der Ruswiler die Vorlage ab.)

## Ruswil – eine «Konservative Hochburg»

Zurecht trägt Ruswil die Bezeichnung «Konservative Hochburg»: Eine Grafik

mit der Verteilung der Parteienstärke seit der Einführung des Proporzwahlrechts zeigt dies. Die Vormachtstellung der konservativen Partei (inklusive Christlichsozialen) ist frappant. Die grösste Änderung ergab sich erst in den 1990er Jahren im Parteigefüge Ruswils, und zwar mit der Neugründung und dem stetigen Erstarken der SVP. Da diese Partei ausdrücklich «national-konservative Anliegen» vertrete, trifft nach den Worten des Referenten die Bezeichnung «Konservative Hochburg» für Ruswil auch heute noch zu.

Parteilistisch gesehen waren im Ruswiler Gemeinderat über 150 Jahre zwei Parteien vertreten. Nebst den dominierenden Konservativen (CVP) haben die Liberalen (FDP) seit 1878 immer einen Gemeinderatssitz besetzt (2010 bis 2014 zwei); seit 2014 ist die SP als dritte Partei im Gemeinderat vertreten.

## Frauen sind und bleiben rar

Ein Blick in die Porträt-Galerie der bisherigen Gemeinderäte zeigt zudem: Gerade mal drei Frauen sind da auszumachen; gerade mal drei Frauen haben es bis heute in die kommunale Behörde geschafft. Auf kantonaler Ebene ist bisher mit Lotti Stadelmann (SP) überhaupt erst eine Ruswilerin ins kantonale Parlament, den heutigen Kantonsrat, gewählt worden.

## Die Parteipositionen traten deutlich hervor

**Den zweiten Teil der Veranstaltung bildete eine Podiumsdiskussion, bei welcher je ein Vertreter der Ruswiler Ortsparteien das Wahl- und Abstimmungsverhalten aus ihrer Sicht kommentierten und einen Blick in die Zukunft wagten. Als Podiumsleiter fühlte Hannes Bucher, Vorstandsmitglied der Geschichtsfreunde, den Parteipositionen auf den Zahn.**

Dieter Hodel

War Politik früher einfacher? Die Frage des Gesprächsleiters an die beiden Parteipräsidenten Franzsepp Erni (CVP) und Alfred Estermann (FDP), ob es früher in Ruswil einfacher gewesen sei, als Gemeindepolitik allein die Sache der «Schwarzen» und «Roten» war, bejahten diese, schränkten aber gleichzeitig ein, dass man sich nicht in eine Zeit zurücksehnte, wo partei-

interne Wahllisten geführt und säumige Stimmberechtigte persönlich ins Abstimmungslokal geleitet oder mit Zuwendungen belohnt wurden. Kantonsrat Pius Müller (SVP) hakte hier ein und argumentierte, dass der Aufstieg der SVP nach ihrer Gründung 1992 zur heute zweitgrössten Ortspartei nur deshalb so fulminant gewesen sei, weil die traditionellen Parteien zu wenig auf die Stimme des Volkes gehört hätten. Diese Aussage veranlasste wiederum Peter Eggenschwiler (SP) zur Entgegnung, dass 70 Prozent des Volkes nicht die SVP wählen würden und ihm der polemische Stil der SVP nicht behage und auch nichts zur Problemlösung beitrage. Franzsepp Erni nahm diesen Faden auf und umriss die Position seiner Partei so, dass diese versuche, gute Lösungen zu finden, die naturgemäss nicht allen Leuten passten, und die CVP dafür bei den Wahlen abgestraft würde.

## Werden die Parteien überleben?

Mit Blick auf die Entwicklungen in Frankreich und Deutschland, wo das traditionelle Parteigefüge durch neue Bewegungen kräftig durchgeschüttelt wurde, stellte Hannes Bucher die Frage nach der Zukunft der Parteienlandschaft. Hier räumten die Parteivertreter übereinstimmend ein, dass es schwierig sei, Leute für die Parteiarbeit zu gewinnen. Man liesse sich heute nicht mehr gerne in Parteistrukturen einbinden, Parteiversammlungen seien in der Regel schlecht besucht. Zudem sei auch der Einfluss der neuen Medien deutlich spürbar und die Parteien hätten diesbezüglich eindeutig Nachholbedarf. Eine besondere Herausforderung sei es für alle Parteien, junge Menschen für die Parteiarbeit zu gewinnen. Eine Ausnahme bildeten hier gemäss Peter Eggenschwiler die JUSO, welche sogar eine Vertretung im Kantonsrat hätten. Alfred Estermann hakte mit der Bemerkung

nach, dass es der FDP dennoch gelungen sei, den Parteivorstand wesentlich zu verjüngen. Auf Ruswil bezogen stellt sich für Franzsepp Erni noch ein weiteres Problem: Personen engagierten sich in Vereinigungen, namentlich wird LosRuswil genannt, die brisante aktuelle Themen aufnahmen, Visionen entwickelten aber sich in sachpolitischen Fragen nicht positionieren würden. Peter Eggenschwiler ergänzte, dass diese Vereinigungen, im Gegensatz zu den Parteien, die Themen selektiv bewirtschaften könnten und die Knochenarbeit (Mitarbeit in Kommissionen, Arbeitsgruppen) den Parteien überliessen. Alfred Estermann machte den gewagten Vorschlag, dass bei der nächsten Vakanz ein Vertreter von LosRuswil in den Gemeinderat gewählt werden sollte. Pius Müller sieht einen Grund in der Politverdrossenheit vieler Stimmberechtigten auch darin begründet, dass vom Souverän gefällte Entscheide im Nach-

gang, zum Beispiel bei der Ausgestaltung des Gesetzes, abgeändert würden.

## Überfordert die direkte Demokratie den Stimmbürger?

Nach Franzsepp Erni haben einige Vorlagen der letzten Zeit (Altersvorsorge, Unternehmenssteuerreform) gezeigt, dass die Stimmberechtigten durch die Komplexität überfordert seien und diese dann tendenziell ablehnen würden, was wiederum notwendige Reformen erschwere. Für Peter Eggenschwiler könnte ein Lösungsansatz darin liegen, dass beispielsweise durch die Einführung eines Verfassungsgerichts, nicht mehr alle Vorlagen dem Volk unterbreitet würden. Für Alfred Estermann ist das Volk mündig genug, um abzustimmen und wenn eine Vorlage abgelehnt würde, weil sie zu komplex sei, sei dies das Problem der Politik und nicht des Volkes. Für Pius Müller gilt die einfache Formel: Der Souverän ist souverän.